

Mit Amnesty Israel unterwegs in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten

Von Hildegard Koch, Sommer 2013

Seit meinem Einsatz vor drei Jahren mit Peace Watch Switzerland und dem Menschenrechtsprogramm EAPPI bin ich immer wieder in diese Region zurückgekehrt. Sei es, um Menschen und Orte zu besuchen, die mir lieb und wichtig geworden sind oder um bei Aktionen mitzumachen. Bei meinem Aufenthalt letztes Jahr fragte mich eine junge Kollegin, ob Amnesty Israel zu den besetzten palästinensischen Gebieten arbeitet. Nein, darüber wisse sie nichts. Und dies obwohl ich schon seit zwei Jahren in der Länderkoordination für Israel/Palästina der Schweizer Sektion tätig war.

Amnesty Israel

Im Nachhinein verstehe ich, warum dies so war. Zwar gibt es diese Sektion seit bald 50 Jahren, doch erst seit zwei Jahren engagiert sich Amnesty nicht mehr nur für globale Themen. Sie setzt sich auch ein für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten, sie engagiert sich für die diskriminierten arabischen, vor allem beduinischen Gemeinschaften in Israel und für die nichtjüdischen Flüchtlinge. Dies alles weiss ich aber erst seit kurzem: Im Juni dieses Jahres nahm ich an einer viertägigen Menschenrechts-Tour in Israel und den besetzten Gebieten teil, zusammen mit der Präsidentin der Schweizer Sektion.

Der Einladung von AI Israel waren Vorstandsmitglieder verschiedener europäischer Sektionen und den USA gefolgt.

Hebron

Es war nicht mein erster Besuch in dieser Stadt. Aber zum ersten Mal mit israelischer Begleitung. Ohne sie wäre unser Rundgang vielleicht anders verlaufen, vielleicht. Immer wieder tauchen Siedler auf, Soldaten verlangen Auskunft, wollen wissen, was wir, diese ganze grosse Gruppe hier tun. Unser Begleiter erklärt, gibt Auskunft. Und trotzdem: Fast während der ganzen Dauer unseres Besuches folgen uns Soldaten, zu Fuss, im Jeep, in sicherem Abstand. Kontrolle? Schutz für uns? Vielleicht beides. Jedenfalls ist schnell ein Soldat zur Stelle und drängt ihn zurück, als ein aufgebrachter Siedler auf uns zu kommt und fast handgreiflich wird. Dies, als ein Palästinenser vom schwierigen Alltag unter der Besatzung berichtet, von Belästigungen und Schikanen durch die Siedler und das Militär, von der eingeschränkten Bewegungsfreiheit.



Hebron, am Sitz der Organisation "Youth against settlements" – Hildegard K.



Hebron - Foto Hildegard K.

Vertreibung beduinischer Gemeinschaften

Wir besuchen beduinische Gemeinschaften, unter anderem in der Wüste Negev, eines der vom Staat nicht anerkannten beduinischen Dörfer. Inmitten der Steinwüste ein paar Bäume, einfache Behausungen. Das letzte Stück hinauf zum Dorf gehen wir zu Fuss. Umm Al-Hiran ist eines jener Dörfer, das gemäss dem Praver-Begin Plan zerstört werden soll. Der Plan sieht vor, dass mehrere Zehntausend Beduininnen und Beduinen in Städte umgesiedelt werden. Dort wo sie seit langem leben, sollen jüdische Siedlungen gebaut werden, Parks und Wälder entstehen. Der Praver Plan wurde im Juni dieses Jahres im israelischen Parlament, der Knesset, in erster Lesung mit knapper Mehrheit gut geheissen.

Imad, ein junger Beduine aus dem Dorf, Jus-Student, versteht es nicht. "Wir sind doch Bürger dieses Landes, bezahlen Steuern, gehen ins Militär. Warum tun sie uns dies an?" Ein Vorstandsmitglied von Al Israel macht später im Bus seinem Ärger Luft, und sagt es deutlich: "Diese Planung ist nicht zufällig, sondern Teil einer umfassenden geopolitischen Strategie der Judaisierung, die arabische Bevölkerung soll an den Rand gedrängt werden." Er zieht eine Parallele zur Anordnung der jüdischen Siedlungen innerhalb von Hebron: "Diese wurde bewusst so geplant, mit dem Ziel, die Stadt zu teilen".



Im Beduinendorf Umm Al-Hiran im Negev – Foto: Hildegard K.

Vertreibungen in Jaffa

Über die meist schleichende Vertreibung in der Westbank und die offen deklarierte in der Wüste Negev war schon viel zu hören und zu lesen. Weniger bekannt ist jene in Jaffa, der ursprünglich arabischen Stadt. Einfachere, zahlbare Wohnungen werden abgerissen, an ihrer Stelle entstehen Luxusbauten.

Etwa 800 Familien droht hier die Zerstörung ihres Wohnraums und damit die Vertreibung. Davon betroffen ist nicht nur die palästinensische, sondern auch die jüdisch-arabische Bevölkerung. Die Hauszerstörungen sind Teil eines gut organisierten Plans der Behörden, Jaffa zu von einer unerwünschten Bevölkerung "reinigen". Deutlich bringt er zum Ausdruck welche Kriterien die BewohnerInnen erfüllen sollen: Reich sollen sie sein und mehrheitlich jüdisch.

Nichtjüdische Flüchtlinge

Im südlichen Teil von Tel Aviv, in einem der ärmsten Quartiere der Stadt, leben viele Flüchtlinge, die meisten aus Eritrea und aus dem Sudan. Daher erstaunt es wenig, dass es immer wieder zu rassistisch motivierten Belästigungen und fremdenfeindlichen Übergriffen kommt. Auch Mitglieder der Knesset tragen das ihre zu dieser xenophoben Stimmung bei. Mit Aussagen wie "Unser Ziel ist es, ihnen ihr Leben hier schwer zu machen." Oder: "Diese Leute sind ein Krebsgeschwür in unserer Gesellschaft". Später entschuldigt sich das – übrigens weibliche – Parlamentsmitglied, das sich so geäußert hatte. Aber nicht etwa bei den Flüchtlingen, sondern bei den Krebspatienten. In Israel gibt es keine Einwanderungspolitik für nichtjüdische Flüchtlinge und Asylbewerber. Seit 1948 gibt es in Israel 152 anerkannte nicht-jüdische Flüchtlinge.

Seitdem der Zaun an der Grenze zu Ägypten massiv verstärkt und mit Sensoren ausgerüstet wurde, gelangen nur noch wenige Flüchtlinge nach Israel. Ausserdem ist seit 2012 ein neues Gesetz in Kraft, das erlaubt, Flüchtlinge ohne Einreisebewilligung ohne Anklage und Prozess jahrelang in Haft zu halten. Zurzeit sind ca. 1900 Menschen in Gefängnissen in der Wüste Negev inhaftiert.

Amnesty Israel betreut verschiedene Empowerment-Projekte. So werden z.B. Kurse zu Menschenrechtsfragen angeboten mit dem Ziel, die Teilnehmenden zu befähigen, selber aktiv zu werden.

Gespräche

Wir treffen den Parlamentarier Dov Khenin. Er ist Mitglied von "Haddash" einer nur vier Sitze umfassenden arabisch-jüdischen Kleinstpartei der Opposition. Er spricht offen über die Schwierigkeiten innerhalb der israelischen Gesellschaft, bezeichnet die Situation als dramatisch, gar gefährlich. Er setzt sich ein für mehr Demokratie und hat mit seiner Partei schon mehrere Erfolge erzielt. Besonders am Herzen liegt ihm, dass die Situation der Gefangenen in israelischen Gefängnissen verbessert wird. Sein ganz persönliches Anliegen an uns: Die israelische Politik soll und muss kritisiert werden. Aber dies soll differenziert geschehen, es soll unterschieden werden zwischen "Israel" und "die israelische Regierung".

Persönliches Fazit

Ich habe auf dieser Tour frühere Eindrücke und Erfahrungen bestätigt gefunden, dazu auch neue Aspekte der israelischen Politik kennen gelernt. Allen gemeinsam ist eine Politik der Ausgrenzung, Vertreibung von nichtjüdischen Menschen unter Missachtung jeglicher grundlegender Menschenrechte.

Wie einen Gegenpol dazu erlebte ich den eindrucklichen Einsatz der Mitarbeitenden von AI Israel. Eindrücklich auch, wie sie sich mit klaren Stellungnahmen kritisch zu ihrer eigenen Regierung äusserten. Was mich betroffen machte: Vor allem bei älteren Mitarbeitenden, Aktivisten, die seit langem in der Friedensbewegung tätig sind, war immer wieder Wut spürbar, hinter der ich eine Enttäuschung über diesen Staat vermutete. Eine Wut, die sich manchmal auch in sarkastischen Äusserungen Luft verschafft.

Und auch das: mehrmals war von Angst die Rede. Von einer Kultur der Angst in diesem Land. Eine tief sitzende Angst, wurde mir gesagt. Ja das schon, die aber immer wieder neue Nahrung erhält durch massive Propaganda.

Ich wurde von HEKS und Peace Watch Switzerland als Menschenrechtsbeobachter/-in nach Palästina und Israel gesandt, wo ich am ökumenischen Begleitprogramm (EAPPI) des Weltkirchenrates teilnahm. Die in diesem Artikel vertretenen Meinungen sind persönlich und decken sich nicht zwingend mit denjenigen der Sendeorganisationen. Falls Sie Teile daraus verwenden oder den Text weitersenden möchten, kontaktieren Sie bitte zuerst Peace Watch Switzerland unter palestine@peacewatch.ch

Weitere Informationen zum Begleitprogramm in Palästina/Israel finden Sie unter www.eappi.org und www.peacewatch.ch